

gendes Postulat, seine Verwirklichung wäre mit jeder Landtagswahl in Aussicht. Entweder erweitert man die Koalition auf Regierung und Parlament, was angesichts der wenig divergierenden Programme der beiden Parteien ein leichtes wäre, und wehrt Angriffe einer imaginären Opposition oder außenstehenden oppositionellen Gruppen ab, oder man grenzt nicht nur im Landtag, wie dies heute bereits der Fall ist, sondern auch in der Regierung zwischen Mehrheits- und Minderheitspartei ab, was zur alleinigen Regierungsverantwortung einer Partei führen würde, doch gerade darin ergäbe sich die Chance zur Etablierung einer weiteren Partei, welche ihrerseits als Opposition oder als Koalitionspartner fungieren könnte.

Die Vorteile einer Beseitigung des mehr schlecht denn recht funktionierenden Zwittersystems schälen sich klar heraus. Für die Parteien entsteht der systemimmanente Zwang zur programmatischen Profilierung. Daraus resultiert eine Verstärkung der politischen Glaubwürdigkeit, die heute durch das Lavieren zwischen Opposition im Landtag und Mitarbeit in der Koalitionsregierung angeschlagen ist.

Reorganisation der politischen Parteien

Daß die politischen Parteien einerseits über mangelndes Interesse ihrer Anhänger klagen und andererseits dennoch über eine treue Anhängerschaft bei Wahlen verfügen, diese Widersprüchlichkeit dauert bereits so lange und wird noch so lange andauern, als sie sich als Sammelsurium von politischen Elementen, die sich traditionsgemäß in ihrer Väter Fußstapfen zu stellen haben, verstehen und ihre Aufgaben nicht über eine parteiliche Indoktrination vor Wahlen jeglicher Art hinaus wahrzunehmen bereit sind. Dies ist nur ein kleiner Teil jener Verantwortung, welcher sich die politischen Parteien bewußt sein müßten. Denn neben der Durchsetzung ihrer politischen Ziele haben sie auch eine gesellschaftliche Funktion zu erfüllen. Die Schlagwörter «Partei der Mitte» und «Volkspartei» garantieren noch keineswegs die Auseinandersetzung mit Ansprüchen der Gesellschaft. Eine nicht unwesentliche Aufgabe hätten die politischen Parteien in der staatsbürgerlichen Bildung und deren permanenten Weiterbildung zu erfüllen. Dabei wäre als Anfang an die Durchführung staatsbürgerlicher Grundkurse zu denken, als eine Auseinandersetzung mit geschichtlichen, zeitgeschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Fragen.

Unsere Politiker, Historiker und Wirtschaftsfachleute könnten in Kurzvorträgen Probleme ihrer Bereiche darlegen, die dann mit Hilfe von modernen unterrichtstechnologischen Hilfsmitteln zusammengefaßt und erläutert würden. Eine als eiserne Ration gedachte Zusam-